

BUND Rheinland-Pfalz

(1) Frieden und Demokratie sichern und weiterentwickeln! - 80 Jahre nach Beginn des nationalsozialistischen Vernichtungskrieges in Europa fragen wir Sie:

Was tun Sie ...

... für die Fortführung partnerschaftlicher Völkerverständigung, für die Wahrung und Weiterentwicklung demokratischer Rechte der Bevölkerung, für eine mitgestaltende Teilhabe der Zivilgesellschaft, für die Transparenz von Entscheidungen in Europa und gegen nationalistische Abgrenzung, Machtpolitik, Entsolidarisierung und Rassismus?

Wir Freie Demokraten stehen für Mut zu Reformen und neue Impulse für Europa. Die Europäische Union gewinnt neue Chancen durch mehr Nähe und Mitspracherecht. Wir wollen die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger stärken, institutionelle Reformen vorantreiben und dabei Bürokratie abbauen. Das Europäische Parlament zum Beispiel soll endlich auch das volle Initiativrecht erhalten. So können die Fraktionen und die Abgeordneten selbst Schwerpunkte setzen, die dem Wählerauftrag stärker entsprechen. Die EU-Kommission soll verkleinert und damit wieder effizienter werden.

Wir fordern auch, dass alle Sitzungen des Europäischen Rates, des Ministerrats und aller anderen zwischenstaatlichen EU-Gremien (wie der Euro-Gruppe) live übertragen werden und die Protokolle dieser Sitzungen und Ratsdokumente online veröffentlicht werden. Mit mehr Transparenz erreichen wir, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Mitgliedstaaten stärker als zuvor als zweite Kammer innerhalb der Union agieren und den Bürgerinnen und Bürgern verständlicher wird, wie die nationalen Positionen zu EU-Themen begründet werden.

Bis spätestens 2022 soll ein Europäischer Konvent einberufen werden, der den Weg zu einer gemeinsamen Verfassung ebnet. Wir Freie Demokraten sind davon überzeugt, dass der europäische Einigungsprozess fortgesetzt werden muss. Wir wollen in einer auf die Dauer angelegten demokratisch organisierten Europäischen Union leben, die dezentral und bundesstaatlich verfasst ist. Dieser Weg ist das erklärte Gegenmodell zum Rückfall Europas in nationalstaatliche Kleinstaaterei einerseits oder die Schaffung eines zentralisierten europäischen Superstaats andererseits.

Europa basiert auf einer gemeinsamen freiheitlichen Werteordnung. Es ist nicht ein Europa der Wirtschaft, Behörden und Institutionen, sondern ein Europa der Menschen. Wir wollen daher die europäische Idee bei den Menschen wieder stärken, indem wir Europa mehr erlebbar machen – gerade für die junge Generation. Zudem wollen wir, dass die EU selbst unsere gemeinsame freiheitliche Werteordnung gegenüber den Mitgliedsstaaten verteidigt. Denn nur so sind wir auch glaubwürdige Gesprächspartner in Sachen Recht und Freiheit gegenüber den Ländern, mit denen wir Handel treiben oder anderweitige Beziehungen pflegen.

Wir stehen für Vielfalt und Wertschätzung in der Gesellschaft. Der Schutz von Minderheiten ist innerhalb einer demokratischen Gemeinschaft Voraussetzung und Anliegen des Rechtsstaats. Grundrechte stehen nicht zur beliebigen Disposition von Mehrheiten, auch nicht von demokratisch gewählten Mehrheiten. Diskriminierung und Gewalt aufgrund von Rasse, Herkunft, Religion, Alter, Behinderung,

sexueller Orientierung oder geschlechtlicher Identität muss EU-weit entgegengetreten werden. Auch Nichtregierungsorganisationen, die sich in diesem Bereich engagieren, sollen daher stärker als heute bedarfsorientiert von der Europäischen Union (EU) gefördert werden.

(2) Die Gletscher schmelzen, der Meeresspiegel steigt, Wetterextreme werden häufiger. Die „Heißzeit“ hat längst begonnen, und die Zeit für Gegenmaßnahmen rinnt davon.

Was tun Sie darum ...

für die Einhaltung der überlebensnotwendigen 1,5-Grad-Grenze nach dem völkerrechtlich verbindlichen Pariser Klimaabkommen gegen weitere Verzögerungen wirksamer Klimaschutzmaßnahmen?

Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und zum Pariser Klimaabkommen. Wirkungsvolle Klimapolitik erfordert den Einsatz der gesamten Weltgemeinschaft. Zentraler Ansatzpunkt ist für uns daher ein schneller Einstieg in ein effektives internationales Emissionshandelssystem, das Anreize zur Reduktion der CO₂-Emissionen in allen Sektoren setzt. Die international völkerrechtlich verbindlich (zum Beispiel im Rahmen des Paris-Nachfolgeprozesses) zu vereinbarenden und entsprechend der Klimaziele zu reduzierende Menge der Zertifikate ist die Steuergröße. Eine Ausdehnung des im Energiesektor bereits gut funktionierenden Europäischen Emissionshandels-Systems (EU ETS) auf weitere Sektoren wie Verkehr und Wärme beziehungsweise Kälte wäre dafür ein notwendiger erster Schritt.

für Kohleausstieg, Energiewende und Dekarbonisierung aller Wirtschaftssektoren gegen ungezügelter Wirtschaftswachstum?

Die Energiewende ist ein gesamteuropäisches Projekt, welches wir mit Technologieoffenheit begegnen müssen. Für uns Freie Demokraten ist Klimaschutz eine weltweite und branchenübergreifende Aufgabe. Sektoral und regional isoliert gesetzte Ziele zur Emissionsminderung machen wenig Sinn, damit gepaarte Subventionen und staatliche Verbote und Vorschriften konterkarieren sogar oft die Ziele. So führt unter dem heutigen System zum Beispiel die Stilllegung deutscher Kohlekraftwerke dazu, dass die dadurch am Markt zusätzlich verfügbaren Emissionsrechte von Anlagen in anderen europäischen Ländern in Anspruch genommen werden können, was die Klimawirksamkeit dieser Maßnahme erheblich reduziert. Zwar kann dieser Effekt im Zuge der Reform des Europäischen Emissionshandels (EU ETS) von den Mitgliedstaaten reduziert werden, jedoch besteht keine Sicherheit, dass diese Möglichkeit in Anspruch genommen wird. Die Emissionsminderungsziele müssen die technischen Entwicklungen und die zunehmende Sektorenkopplung, wie zum Beispiel die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) und Power-to-X aus Windenergie und Photovoltaik, berücksichtigen. Somit werden europäische Maßnahmen für weltweiten Klimaschutz wirksam.

für einen raschen Umstieg des verbrennungsmotor-getriebenen Luft-, Güter- und Individualverkehrs auf einen attraktiven, bezahlbaren Umweltverbund, CO₂-freie Antriebe und Verkehrsvermeidung?

Für uns Freie Demokraten ist Mobilität Teil der persönlichen Freiheit. Zur Freiheit gehört auch, dass die Menschen ohne Gängelerei selbst entscheiden können, welches Verkehrsmittel sie benutzen. Statt

der Privilegierung bzw. dem Verbot bestimmter Technologien, setzen wir uns für innovative Mobilität ein. Dazu gehören neben neuen Antriebsformen auch die Kraftstoffe für Fahrzeuge und Schiffe. Ob mit Batterie, Gas, Methanol oder Wasserstoff: Es gibt vielfältige Möglichkeiten, wie wir in Zukunft fossile Treibstoffe ersetzen können. Die Verbreiterung der Energieträgerbasis trägt auch entscheidend dazu bei, einen Wettbewerb zu schaffen. Dazu benötigen wir neben der Technik ein flächendeckendes und europaweites Tankstellensystem, welches eine Diversität von Kraftstoffen anbietet, sowie die Anrechenbarkeit von allen CO₂-neutralen Kraftstoffen auf Flottenziele für Pkw und Lkw. Somit ermöglichen wir einen fairen Wettstreit um die Technologie der Zukunft.

Zudem bietet die Digitalisierung große Chancen zur Erhöhung von Leistungsfähigkeit, Sicherheit und Umweltfreundlichkeit im Verkehrswesen. Dazu gehört insbesondere auch die Förderung innovativer autonomer Systeme auf Schiene, Wasserwegen, Straße und in der Luft, inklusive Drohnen und Hyperloops. Für eine erfolgreiche Umsetzung ist eine digitale Vernetzung aller Verkehrsteilnehmer auf offenen, standardisierten Plattformen mit einheitlichen Schnittstellen erforderlich. Wir unterstützen das zunehmende Sharing von Fahrangeboten und die Entwicklung von „Mobility-on-Demand“-Angeboten, in Ballungszentren sowie auch im ländlichen Raum. Dazu wollen wir etwa auch Park-and-Ride-Systeme stärker fördern.

für ambitionierte Emissionsgrenzwerte, die dem Klima- und Gesundheitsschutz verpflichtet sind gegen konzernfreundliche Ausnahmeregelungen und Verletzung europäischer Umweltrechtsnormen?

Wir Freie Demokraten wollen, dass CO₂-Reduktionsziele für die Europäische Union ambitioniert, aber auch systemisch sinnvoll, langfristig verlässlich und mit realistischem Aufwand erreichbar gesetzt werden. Wir wollen, dass deren politische Steuerung künftig nur noch über die Menge der ausgegebenen CO₂-Emissionsrechte erfolgen soll. Durch Stilllegungen freiwerdende CO₂-Zertifikate werden aus dem Markt genommen. Für das neu diskutierte 1,5-Grad-Ziel müssen die CO₂-Zertifikate für fossile Energieträger auslaufen. Das heißt ab 2050 oder sogar früher gibt es keine fossilen CO₂-Zertifikate mehr.

Zudem fehlt es an klaren EU-Vorgaben zur Luftschadstoffqualitätsbestimmung, die Messergebnisse und Resultate von Luftqualitätsprognosen europaweit vergleichbar machen. Daher fordern wir auf europäischer Ebene ein Moratorium zur Aussetzung der Luftqualitätsrichtlinie, um die notwendigen Maßnahmen zur Luftreinhaltung in einem geordneten Verfahren umsetzen zu können und damit Fahrverbote zu vermeiden. Wir fordern ein klares Regelwerk für eine europaweit vergleichbare Luftqualitätsbestimmung.

(3) Das Beispiel des Insektensterbens macht überdeutlich: Bedrohte Arten und ökologisch vielfältige Lebensräume brauchen einen starken europäischen Schutz. Dieser muss über nationalen und ökonomischen Interessen stehen.

Was tun Sie darum ...

für die Stärkung der gemeinnützigen Umwelt- und Naturschutzverbände und gegen den Abbau ihrer Mitwirkungs- und Klagerechte?

Das starke zivilgesellschaftliche Engagement der Umwelt- und Naturschutzverbände ist ein wichtiges Element einer nachhaltigen Entwicklung. Die Mitwirkungs- und Klagerechte der Umwelt- und Naturschutzverbände sind aus unserer Sicht ausreichend und bedürfen keiner gesetzlichen Änderung.

für den tatsächlichen Schutz der gemeldeten Natura 2000-Gebiete, für die Stärkung des europäischen Biotopverbunds (Aufbau einer grünen Infrastruktur) und gegen die fortschreitende Ausräumung und Versiegelung unserer Landschaft?

Wir Freien Demokraten setzen dafür ein, dass auf Flächen des Natura-2000-Netzes eine nachhaltige Bewirtschaftung im Rahmen der örtlichen Managementpläne möglich bleibt. Bei der Erreichung der Schutzzwecke müssen vor Ort stets die Wahl des mildesten Mittels und das Gebot der Verhältnismäßigkeit Vorrang haben. Nur auf diese Weise können auch die Akzeptanz und Kooperationsbereitschaft der betroffenen Grundeigentümer und Nutzungsberechtigten erreicht und bewahrt werden.

Wir sprechen uns grundsätzlich für eine Stärkung des europäischen Biotopverbunds aus, setzen uns hierbei aber auch für einen Ausgleich mit den legitimen Nutzungsinteressen der Landwirte ein, deren Leistungen für den Naturschutz ebenfalls von wichtiger Bedeutung sind. Der Landschaftszersiedlung lässt sich nach Ansicht der Freien Demokraten am wirksamsten durch ein Primat der Innen- vor der Außenentwicklung entgegenreten. Wir setzen uns für Nachverdichtung, Dachgeschossausbau sowie Revitalisierung brach gefallener Flächen ein. Bei Ausgleichsmaßnahmen setzen wir mehr Augenmerk auf Flächenqualität, beispielsweise durch Biotopvernetzung, um die Flächennutzungskonkurrenz zwischen dem Naturschutz, dem Wohnungsbau und dem Infrastrukturausbau möglichst gering zu halten. Zudem halten wir weiterhin am Ziel einer bundeseinheitlichen Kompensationsverordnung fest. Geeignete Instrumente für die Erhaltung und Wiederherstellung strukturreicher Agrarlandschaften mit Blühflächen, Alleen, Hecken, Feldrainen und Waldsäumen sehen wir vor allem im Rahmen der Förderprogramme der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik in den Ländern.

für eine Sicherung und zeitnahe Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie?

Die Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie ist ein wichtiger Beitrag für naturnahe Gewässer. Wir treten für eine 1:1 Umsetzung ohne erhöhte Anforderungen ein. Dazu bedarf es weiterer Anstrengungen. Weitreichende Eingriffe in das Eigentum der Land- und Forstwirte lehnen wir jedoch ab. Gerade Landwirte und Grundeigentümer haben selbst ein starkes Interesse an intakten Gewässern. Ihre Kooperation ist uns ein wichtiges Anliegen, weshalb wir im Rahmen der Agrarförderung und des Vertragsnaturschutzes erreichen wollen, weitere Verbesserungen der Wasserqualität gemeinsam und nicht gegeneinander zu realisieren. Mit technischen Innovationen, wie etwa bei der Düngung und beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln, kann dazu beigetragen werden, die Gewässerbelastung weiter zu reduzieren.

für eine ökologische und sozial gerechte Agrarpolitik, in der pauschale Flächenprämien ersetzt werden durch das Prinzip „Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen“?

Die Gemeinsame Agrarpolitik berührt innerhalb der Europäischen Union sehr verschiedene Agrarstrukturen und ebenso verschiedene landwirtschaftliche Erzeugungszweige. Vor diesem Hintergrund befür-

worten wir bei der Fördersystematik langfristige Reformen, da radikale Änderungen stets zu Strukturbrüchen und somit zur Verarmung von ökologisch wertvollen Kulturlandschaften führen können. Dennoch wollen wir die Gemeinsame Agrarpolitik marktwirtschaftlich modernisieren. Unser Ziel ist es, den Betrieben Chancen auf wirtschaftlichen Erfolg, digitalen Fortschritt und eine eigenverantwortliche Risikoversorge gegen zunehmende Witterungsrisiken zu ermöglichen und gleichzeitig die Erhaltung und Entwicklung struktur- und artenreicher Kulturlandschaften sicherzustellen. Hierfür sehen wir hinsichtlich der GAP-Reform 2020 beispielsweise Chancen in den national zu entwickelnden Eco Schemes.

(4) Unbegrenztes Wachstum auf unserem begrenzten Planeten zerstört die Lebensgrundlagen und verschärft die Ausbeutung von Menschen, insbesondere in den Ländern des Südens. Dies erfordert einen ökofairen, verantwortbaren Lebensstil sowie eine global gerechte Wirtschaftspolitik.

Was tun Sie ...

... für die Förderung von Projekten mit konsequent nachhaltigen Lebens- und Wirtschaftsformen und für die Berücksichtigung des Suffizienz-Prinzips („Gutes Leben für alle“) in der Politik?

Nachhaltigkeit ist für uns Freie Demokraten eine Entwicklung, im Sinne eines dynamischen, nicht immer linearer und sich oft wandelnden Prozesses. Angetrieben durch Fortschritt in der Gesellschaft, der Wissenschaft, der Technik, der Wirtschaft und der Politik. Auf der Suche nach immer besseren Ergebnissen ist Nachhaltige Entwicklung auf Fortschritt in allen Bereichen angewiesen. Denn die Werkzeuge, die wir heute haben, können morgen schon überholt sein. Alte Herausforderungen ändern sich und neue kommen hinzu. Fortschritt lässt sich nicht planwirtschaftlich umsetzen. Daher kann Nachhaltigkeit auch nicht staatlich verordnet werden. Der Staat kann aber immer mit gutem Beispiel vorangehen, passende Rahmenbedingungen schaffen, zu mehr Nachhaltigkeit ermutigen und auf die Kraft und Kreativität der Menschen vertrauen. Gerade um die ambitionierten globalen Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, brauchen wir mehr Mut zu neuem Denken - in Gesellschaft, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft.

... für die Einhaltung der Menschenrechte und ökologischer Standards entlang der Lieferkette eines Produktes und wie unterstützen Sie einen ökologisch und sozial verantwortlichen Einkauf durch öffentliche Einrichtungen?

Wir unterstützen auf internationaler Ebene bereits bestehende Vereinbarungen wie den Global Compact der Vereinten Nationen, die OECD-Leitsätze für internationale Unternehmen und die dreigliedrige Grundsatzserklärung über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik der ILO. Zudem haben mündige Verbraucherinnen und Verbraucher und engagierte Nichtregierungsorganisationen es in der Hand, mit ihren (Kauf-) Entscheidungen das gewünschte unternehmerische Verhalten weltweit einzufordern.

... für Verbraucher*innen-Interessen, Arbeitsrechtstandards, Umwelt- und Klimaschutz bei weiteren Verhandlungen über Freihandelsabkommen sowie eine gerechte Besteuerung transnationaler Konzerne und gegen Profitinteressen und Investorenklagerechte?

Wir Freie Demokraten bekennen uns zum regelbasierten Freihandel als Grundlage internationaler Handelsbeziehungen und streben daher langfristig eine weltweite Freihandelsordnung im Rahmen der

WTO an. Unabhängig davon unterstützen wir weiterhin den Abschluss bilateraler Handelsabkommen, treten aber für modernere und transparentere Freihandelsabkommen ein. Sie sollten starke Kapitel zur nachhaltigen Entwicklung enthalten, die mit den Partnerländern umgesetzt und überwacht werden.

Wir Freie Demokraten wollen, dass alle Unternehmen – auch und gerade große internationale Unternehmen – selbstverständlich ihren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten. Heute ist es so, dass gerade internationale Konzerne das internationale Steuerrecht zu aggressiver Steuerplanung ausnutzen. Wir setzen uns dafür ein, dass sowohl auf internationaler Ebene der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) als auch auf Ebene der Europäischen Union Konzepte entwickelt werden, die eine faire Besteuerung für alle Unternehmen sicherstellen, den Standort Deutschland aber nicht gefährden. Die Europäische Union (EU) muss weiterhin konsequent gegen die Verlagerung von Gewinnen in Staaten vorgehen, die in Steuerfragen nicht kooperativ sind. Neben einem funktionierenden Informationsaustausch der Finanzverwaltungen innerhalb der EU ist es auch erforderlich, Verrechnungspreise und Lizenzgebühren innerhalb von Konzernen steuerlich korrekt zu ermitteln.

Wir Freie Demokraten setzen uns für einen modernen und transparenten Investitionsschutz ein. Wir wollen deshalb, dass das bestehende System aus Ad-hoc-Schiedsverfahren von bilateralen Schiedsgerichten durch einen ständigen multilateralen Investitionsgerichtshof ersetzt wird. Klagen von Investoren könnten so durch ein Investitionsgericht mit öffentlich bestellten Richterinnen und Richtern entschieden werden. Das stärkt die Transparenz und Legitimität dieser Verfahren.